

UVGO Öffentliche Ausschreibung

Bekanntmachung UVgO: 0295b Planung der Brücke "In Dangeln" (Brücke über den Sahrbach) in der Ortsgemeinde Altenahr-Kreuzberg (LP 2-9)

Vergabenummer	0295b Ingenieurleistungen (LP 2-9)
Bezeichnung	0295b Planung der Brücke "In Dangeln" (Brücke über den Sahrbach) in der Ortsgemeinde Altenahr-Kreuzberg (LP 2-9)
Art der Vergabe	Öffentliche Ausschreibung
Vergabe- und Vertragsordnung	UVgO
Art des Auftrags	Freiberuflich

Auftraggeber

Adresse der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle

Bezeichnung	Ortsgemeinde Altenahr, v.d.d. Verbandsgemeinde Altenahr
Postanschrift	Hotel am Roßberg, Roßberg 143
Ort	53505 Altenahr
Telefon	+49 2643-80954
E-Mail	vergabe@altenahr.de
URL	https://www.altenahr.de

Adresse der den Zuschlag erteilenden Stelle

[Siehe "zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle"](#)

Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können

Bezeichnung	Elektronische Vergabe
Postanschrift	entfällt
Ort	53505 eVergabe
Telefon	+49 0000-1111
E-Mail	existiertnicht@existiertnicht.de
URL	https://www.existiertnicht.de

Auftragsgegenstand

Leistungsbeschreibung

Art der Leistung	Planungsleistung für Ingenieurbauwerke, Tragwerksplanung und Verkehrsanlagen
Umfang der Leistung	Gegenstand dieses Auftrages sind Leistungen aus den folgenden Leistungsbildern / Aufgabenbereichen: - Leistungsbild Objektplanung Ingenieurbauwerke - Leistungsbild Fachplanung Tragwerksplanung - Leistungsbild Fachplanung Verkehrsanlagen Hierbei sind sowohl die Brücke selbst als auch das nähere Umfeld zu betrachten. Dazu gehört die Ufergestaltung und die Zuwegungen zur Brücke. Durch die Flutkatastrophe im Jahr 2021 wurde die Infrastruktur der Ortsgemeinde Altenahr massiv beschädigt. Dabei wurde auch die Brücke Im Dangeln stark beschädigt und soll im Zuge des Wiederaufbaus neu aufgebaut werden. Es ist eine stufenweise Beauftragung der Brücke vorgesehen. - (Leistungsphase 1+ teilweise 2) - bereits erbracht mit einer Machbarkeitsstudie - Leistungsphase 2-4 - Leistungsphase 5-9 Unabhängig der stufenweisen Beauftragung, können nur Angebote in Betracht gezogen werden, die die Gesamtmaßnahme umfassen und somit alle Leistungsphasen enthalten. Einzelheiten ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung.

UVGO Öffentliche Ausschreibung

Erfüllungsorte

Haupterfüllungsort

Bezeichnung Ortsgemeinde Altenahr
Ort 53505 Altenahr

Ausführungsfristen

Bestimmungen über die Ausführungsfrist Unverzüglich nach digitaler Zuschlagserteilung.

Fristen

Bezeichnung	Datum, ggf. Uhrzeit
Frist zur Einreichung von Aufklärungsfragen (u.a.)	04.06.2026
Angebotsfrist	10.06.2026 09:00 Uhr
Zuschlags-/Bindefrist	31.07.2026

Wertung

Wertungsmethode der Vergabe

Wertungsmethode Wirtschaftlich günstigstes Angebot gemäß der im Anschreiben oder den Vergabeunterlagen angegebenen Kriterien.

Lose

Etwaige Vorbehalte wegen Teilung in Lose, Umfang der Lose und mögliche Vergabe der Lose an verschiedene Bieter

Die Vergabe ist nicht in Lose aufgeteilt.

Nachweise / Bedingungen

Vom Unternehmen einzureichende Unterlagen

Mit dem Angebot vorzulegende Unterlagen

Bedingung an die Auftragsausführung

- Erlaubnis zur Berufsausübung (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Bewerber/Bieter aus Deutschland: Eintragung in die Architekten-/Ingenieurliste
Bewerber/Bieter aus anderen EU-Mitgliedsstaaten: Europäischer Berufsausweis (EBA)
Bewerber aus nicht EU-Staaten: Gleichwertiger Nachweis (deutsche Übersetzung)

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- Haftpflichtversicherung (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Verpflichtung zum Abschluss / Nachweis einer vorhandenen Haftpflichtversicherung eines Versicherungsunternehmens mit einer Deckungssumme für Personenschäden in Höhe von mindestens 3.000.000 EUR im Einzelfall sowie für Sach-/ Vermögens- oder sonstige Schäden in Höhe von mindestens 1.000.000 EUR im Einzelfall.
Dem Angebot ist eine Kopie des Versicherungsscheins oder einer Bestätigung des Versicherers über den Geltungszeitraum und Umfang (nicht älter als 3 Monate) beizufügen. Ersatzweise ist in dem Formular Angebot die Verpflichtung zum Abschluss einer entsprechenden Versicherung im Auftragsfalle abzugeben.
- Umsätze (Gesamt) (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Gesamtumsatz der letzten 3 abgeschlossenen Jahre (Angabe erfolgt im Angebotsschreiben).

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- Mitarbeiter (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Mindestens 3 technische Mitarbeitende mit mindestens 5 Jahren Berufserfahrung des Projektleiters und des Bauüberwachers
- Referenzen aus den letzten 3 Jahren (Formblatt) (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Mindestens 3 vergleichbare Projekte aus den letzten 3 Jahren.

Vergabeunterlagen

Bereitstellung der Vergabeunterlagen

Postalischer Versand Nein

UVGO Öffentliche Ausschreibung

Elektronisch	Ja, mittels Vergabemarktplatz "RLP.Vergabekommunal"
URL zu den Auftragsunterlagen	https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXVHYY1YTVGK65FB/documents
Zusätzliche Angaben über die Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und der Zugriffsmöglichkeit auf die Vergabeunterlagen	

Angebote

Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Beginn der Angebotsöffnung 10.06.2026 09:00 Uhr

Angebotsabgabe

Art der akzeptierten Angebote	Elektronisch in Textform
URL zur Abgabe elektronischer Angebote	https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXVHYY1YTVGK65FB
Zugriff auf Preisdokumente bis zur manuellen Freigabe während der Angebotsprüfung/-wertung sperren (Zwei-Umschlags-Verfahren)	Nein
Eingabemöglichkeiten zu Angebotspreisen für Unternehmen innerhalb des Bieterools sperren	Ja

Nebenangebote

Nebenangebote werden zugelassen.

Verfahren/Sonstiges

Sonstige Informationen

Sonstige Informationen für Bieter/Bewerber

Sollten Sie beabsichtigen, für die Leistungserbringung Nachunternehmer/ Eignungsverleiher einzusetzen oder die Leistung als Bietergemeinschaft zu erbringen (siehe Ihre Angabe im Angebotsschreiben), bitten wir um eine kurze Nachricht über das Vergabeportal, damit wir die entsprechenden Formblätter zur Verfügung stellen können. Um das Verfahren nicht zu überfrachten haben wir bislang davon abgesehen, die entsprechenden Formblätter hochzuladen.

Rechtlicher Rahmen:

Die Vergabe erfolgt nach den landesrechtlichen Vorschriften in Rheinland-Pfalz, insbesondere der Verwaltungsvorschrift öffentliches Auftragswesen in Rheinland-Pfalz und den dort in Bezug genommenen Bestimmungen der UVgO.

Angaben zur Einlegung von Rechtsbehelfen:

Sieht sich ein Bewerber oder Bieter durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß beim Auftraggeber zu beanstanden:

- soweit der beanstandende Bieter oder Bewerber den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor der Information nach § 4 Abs. 1 erkannt hat, innerhalb einer Frist von sieben Kalendertagen,
- soweit Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe
- soweit Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe.

Hinweise zum weiteren Verfahren im Falle einer Beanstandung

Sie haben die Möglichkeit, Fehler im Vergabeverfahren wegen Vergaberechtsverletzung zu beanstanden.

2.1 Form der Beanstandung

Die Beanstandung bedarf der Schriftform nach § 126 BGB unter Darstellung des Sachverhalts und der Vergaberechtsverletzung.

2.2 Frist zur Beanstandung:

Die Frist zur Beanstandung beträgt mindestens sieben Kalendertage. Sie beginnt am Tag nach der Absendung dieser Information und endet am Tag vor dem o. a. Zuschlagstermin.

Während dieser Zeit darf der Zuschlag nicht erteilt werden (Wartefrist).

2.3 Adressat der Beanstandung

Die Beanstandung muss innerhalb der Beanstandungsfrist bei der Vergabestelle eingehen:

Anschrift eingeben

Hinweis: Die Frist zur Beanstandung wird nicht gewahrt, wenn die Beanstandung bei der Vergabepflichtstelle eingeht.

2.4 Abhilfeverfahren

Im Falle einer Beanstandung hat die Vergabestelle die geltend gemachte Vergaberechtsverletzung zu prüfen. Kommt sie im Rahmen der Abhilfeprüfung zu der Entscheidung, dass die Beanstandung nicht berechtigt ist, teilt sie dies dem Unternehmen in Textform (§ 126 b BGB) mit. Gleichzeitig ist ihm eine kurze Überlegungsfrist einzuräumen, ob er die Nachprüfung durch die Vergabepflichtstelle beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau herbeiführen möchte.

Im Falle des Verzichts auf die Nachprüfung durch die Vergabepflichtstelle - der Verzicht kann bereits mit der Beanstandung erklärt werden - endet das Zuschlagsverbot und das Vergabeverfahren kann durch Erteilung des Zuschlags abgeschlossen werden.

2.5 Nachprüfungsverfahren

Soll das Verfahren vor der Vergabepflichtstelle fortgesetzt werden, leitet die Vergabestelle die vollständigen Vergabeakten zur Entscheidung an die Vergabepflichtstelle weiter. Vor einer Entscheidung der Vergabepflichtstelle darf der Zuschlag nicht erteilt werden. Die Vergabepflichtstelle trifft ihre Entscheidung innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Eingang der vollständigen Vergabeakten. Bei besonderen tatsächlichen und rechtlichen Schwierigkeiten kann die Frist um höchstens eine Woche verlängert werden.

2.6 Gebühren des Nachprüfungsverfahrens

Für Amtshandlungen der Vergabepflichtstelle werden Gebühren zur Deckung des Verwaltungsaufwands erhoben. Die Höhe der Gebühren bestimmt sich nach dem personellen und sachlichen Aufwand der Vergabepflichtstelle unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedeutung des Gegenstands der Nachprüfung. Sie beträgt mindestens 100 Euro und maximal 2500 Euro.

Gebühren werden nicht erhoben, wenn das Unternehmen die Verletzung des Vergaberechts im konkreten Vergabeverfahren zu Recht beanstandet hat.

0295b Ingenieurleistungen (LP 2-9): 0295b Planung der Brücke "In
Dangeln" (Brücke über den Sahrbach) in der Ortsgemeinde Altenahr-
Kreuzberg (LP 2-9)

19.05.2026

UVGO Öffentliche Ausschreibung

Aufwendungen zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung (z. B. Anwaltskosten)
werden nicht erstattet.

Bekanntmachungs-ID

CXVHYY1YTVGK65FB